

Vorlage Nr.: 2026/0536

Verantwortlich: **Dez. 2**

Dienststelle: **AfSta**

Monitoring zum STEK Oberreut

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	29.09.2026	10	ö	Kenntnisnahme

Kurzfassung

Dem Gemeinderat wird das Monitoring zum Stadtteilentwicklungskonzept (STEK) Oberreut fünf Jahre nach dessen Beschluss (Vorlage Nr.: 2021/1031) zur Information vorgelegt. Er nimmt dieses zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Ja ☐ Nein ☒	
☐ Investition ☐ Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung ☐ bereits vollständig budgetiert ☐ teilweise budgetiert ☐ nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch ☐ Mehrerträge/-einzahlung ☐ Wegfall bestehender Aufgaben ☐ Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein ☒	Ja ☐ positiv ☐ negativ ☐	geringfügig ☐ erheblich ☐
IQ-relevant	Nein ☐	Ja ☒	Korridorthema: Soziale Stadt, Grüne Stadt
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein ☒	Ja ☐	abgestimmt mit

Erläuterungen

Am 28.09.2021 hat der Gemeinderat das Stadtteilentwicklungskonzept (STEK) Oberreut beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen, vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Finanzmitteln, beauftragt (Vorlage Nr.: 2021/1031). Im Rahmen des Stadtteilentwicklungsprozesses Oberreut von 2018 bis 2021 wurden vier Handlungsfelder erarbeitet und Entwicklungsziele sowie Maßnahmen dazu entwickelt. Der Umsetzungsstand aller Maßnahmen wurde in der ersten Jahreshälfte 2026 bei den Fachämtern und verschiedenen Institutionen im Stadtteil abgefragt und in einer Übersichtstabelle zusammengefügt. Diese ist als Anlage 1 der Informationsvorlage beigelegt. Es wurden viele der im STEK Oberreut aufgeführten Maßnahmen umgesetzt oder mit deren Umsetzung begonnen.

Handlungsfeld 1: Soziales, Image und Kultur

Leitziel: Gutes Zusammenleben in einem lebendigen und aktiven Stadtteil mit eigener Identität.

Entwicklungsziele:

1. Ausbau, Stärkung und Vernetzung der sozialen Strukturen für Begegnung und Austausch

Zur Stärkung der sozialen Strukturen wurden zahlreiche ehrenamtlich getragene Angebote etabliert und weiterentwickelt. Hierzu zählen zum Beispiel das Café-O als Begegnungsangebot und der Mittagstisch im neu gegründeten Sozial-Kulturellen Zentrums Oberreut (SKO). Dagegen konnten Maßnahmen wie zusätzliche Kontrollen durch den Kommunalen Ordnungsdienst sowie kriminalpräventive Maßnahmen bislang nicht beziehungsweise nur eingeschränkt realisiert werden.

2. Aufwertung des Stadtteils, Verbesserung der Aufenthalts- und Lebensqualität

Mehrere Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität wurden umgesetzt. Dazu gehören verschiedene Stadtteilstefte und Begegnungsformate, welche den Austausch im Quartier fördern. Ein bedeutender Erfolg für den Stadtteil war die Einrichtung des Sozial-Kulturellen Zentrums Oberreut im Jahr 2024. Das Portfolio des Sozial-Kulturellen Zentrums Oberreut umfasst ein umfangreiches Angebot für unterschiedliche Zielgruppen im Stadtteil. Bis zum heutigen Tag ist die Anzahl der offenen Angebote dank des ehrenamtlichen Engagements auf über 30 verschiedene Angebote gestiegen und trägt somit zu einer Aufwertung des Stadtteils aus sozialer und kultureller Sicht bei. Auch die Kooperationen im Bereich der Jugendarbeit wurden erfolgreich fortgeführt. Zudem wurde Oberreut 2024 zum Energiequartier erklärt und erste Maßnahmen im Bereich Klimaschutz umgesetzt.

3. Entfaltung einer vielfältigen Stadtteilkultur

Die Stadtteilkultur wurde durch verschiedene Projekte und Veranstaltungen gestärkt. Seit der Eröffnung des Sozial-Kulturellen Zentrums Oberreut im Jahr 2024 stehen den Bürgerinnen und Bürgern zahlreiche kulturelle und soziale Angebote offen. Darüber hinaus tragen Stadtteilstefte und weitere Begegnungsformate zur Stärkung der Identifikation mit dem Stadtteil bei. Auch die Kooperationen im Bereich der Jugendarbeit wurden fortgeführt.

Handlungsfeld 2: Beteiligung, Engagement, Strukturen der Zusammenarbeit und Verstetigung

Leitziel: Vertrauensvolle Kooperation zwischen den Beteiligten (Ämter der Stadtverwaltung und den Akteurinnen und Akteuren sowie Bürgerinnen und Bürgern vor Ort), um Oberreut positiv weiterzuentwickeln.

Entwicklungsziele:

1. Bürgerschaftliches Engagement würdigen, weiterführen und unterstützen

Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gab es, verschiedene Bemühungen zwischen der Stadt und der Bürgerschaft zu unterschiedlichen Themenbereichen zu vermitteln.

2. Aktivierung von mehr Bewohnerinnen und Bewohnern, sich im Stadtteil einzubringen

Die niederschweligen Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen wurden weiter ausgebaut. Die Jugendkonferenz hat sich als etabliertes Austauschformat entwickelt. Ergänzend tragen Streetwork, Vor-Ort-Termine sowie die Jugendkooperation Oberreut zur Beteiligung und Vernetzung im Stadtteil bei.

3. Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung sowie der Akteurinnen und Akteure vor Ort verstetigen, pflegen und ausbauen

Die Zusammenarbeit zwischen Stadtteilkoordination, Quartiersmanagement und weiteren Akteurinnen und Akteuren wurde verstetigt. Regelmäßige Austauschformate sowie die Wiederbelebung des Formates der Jugendkooperation Oberreut stärken die Vernetzung und fördern die Zusammenarbeit im Stadtteil. Darüber hinaus findet schon immer ein kontinuierlicher Austausch im Rahmen der Interessengemeinschaft Oberreut (IGO) statt.

Handlungsfeld 3: Wohnumfeld, Freiraum, Rad- und Fußverkehr

Leitziel: Oberreut als grüner Stadtteil mit vielfältigen und vernetzten Freizeit- und Freiraumangeboten.
Entwicklungsziele:

1. Steigerung der Freizeit- und Naherholungsnutzung

Zur Verbesserung der Naherholungsangebote wurden zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Ein Großteil der Waldwege wurde instandgesetzt, Erholungsbänke werden sukzessive erneuert, und es finden regelmäßig Umweltbildungsangebote und -veranstaltungen sowie Bürgeraktionen wie Pflanz- und Müllsammelaktionen statt. Der überdachte Treffpunkt für Jugendliche in der Nähe des Jugendgartens wurde realisiert, wird jedoch von Jugendlichen nur eingeschränkt genutzt, da es nicht der von den Jugendlichen gewünschte Standort war. Die geplante Errichtung eines Trimm-Dich-Pfades sowie einer Pump-Track-Anlage wurde aus verschiedenen Gründen nicht weiterverfolgt. Zudem wurden neue Fahrradabstellanlagen geschaffen und die Unfallstelle an der Wilhelm-Leuschner-Straße durch eine Signalanlage entschärft.

2. Bedarfsgerechte Erweiterung der Sportanlagen

Im Bereich der Sport- und Bewegungsangebote konnten zahlreiche Maßnahmen realisiert werden. Der Bolzplatz an der Albert-Braun-Straße wurde vollständig aufgewertet und die Calisthenics-Anlage wurde bereits 2021 umgesetzt. Die beiden neuen Dreifeldhallen an der Sophie-Scholl-Realschule wurden fertiggestellt und sind seit den Osterferien 2026 in Betrieb. Die Öffnung des Schulhofs der Anne-Frank-Schule wird derzeit im Rahmen eines Pilotversuchs erprobt. Für eine dauerhafte Lösung oder Ausweitung auf andere Flächen besteht aktuell noch weiterer Klärungsbedarf.

3. Attraktivitätssteigerung von öffentlichen Freiflächen, Grünflächen und Spielplätzen

Die Entwicklungskonzeption für Spielplätze in Oberreut wurde umgesetzt. Im Zuge dessen wurden mehrere Spielplätze zwischen 2021 und 2025 unter Beteiligung der Öffentlichkeit saniert und aufgewertet. Die Radinfrastruktur wurde verbessert und zahlreiche Vorschläge aus der Bürgerschaft, deren Umsetzung machbar war, konnten verändert werden. Dagegen konnte die umfassende Umgestaltung des Julius-Leber-Platzes bislang nicht realisiert werden. Lediglich zwei Enzi-Möbel vom Kronenplatz wurden im Zentrum Oberreuts aufgestellt.

Handlungsfeld 4: Gesundheits- und Nahversorgung

Leitziel: Gut versorgt in Oberreut – die Bewohnerinnen und Bewohner finden zeitgemäße, barrierefreie, ambulante gesundheitliche Angebote vor.

Entwicklungsziele:

1. Sicherstellung, Verbesserung und Ausbau der medizinischen Versorgung

Zur Verbesserung der medizinischen Versorgung fanden seit 2021 mehrere Austauschrunden und Runde Tische mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren statt. Die Verwaltung unterstützt gemeinsam mit verschiedenen Institutionen Maßnahmen zur Gewinnung hausärztlichen Nachwuchses. Zudem wurden potenzielle Praxisflächen geprüft und beworben. Trotz dieser Bemühungen konnten bislang keine konkreten Ansiedlungen erreicht werden. Die Einflussmöglichkeiten auf kommunaler Ebene sind nicht zuletzt aufgrund des allgemeinen Fachkräftemangels begrenzt.

2. Verbesserte fußläufige Nahversorgung

Die angestrebte Erweiterung des Wochenmarktes konnte bislang nicht umgesetzt werden, da keine neuen Marktbesucher gewonnen werden konnten. Für den geplanten Nahversorgungsstandort in der Waldlage ist das Verfahren zur zweiten Teilumlegung für das betreffende Grundstück noch nicht abgeschlossen, weswegen eine Umsetzung noch nicht möglich war. Der vielfach geäußerte Wunsch nach einem Café oder einer Eisdiele konnte bislang nicht realisiert werden. Allerdings bietet das Café O im Ökumenischen Gemeindezentrum, welches einmal die Woche ehrenamtlich betrieben wird, ein niedrigschwelliges Begegnungsangebot.

Bürgerprojekte

Außerdem wurden im Rahmen des Stadtteilentwicklungsprozesses zahlreiche Bürgerprojekte identifiziert, welche durch die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Akteure im Stadtteil gemeinsam initiiert wurden. Von diesen Projekten konnten viele bereits umgesetzt werden.

Zu den realisierten Vorhaben zählen der überdachte Treffpunkt für Jugendliche, der Bücherschrank vor der Villa Regenbogen, das Food-Sharing-Angebot sowie der offene Mittagstisch im Sozial-Kulturellen Zentrum. Auch das Café O hat sich als niedrigschwelliger Treffpunkt etabliert. Darüber hinaus finden regelmäßige Treffen der Stadtteilgruppe Kultur statt, die von Ehrenamtlichen selbst organisiert werden. Die eingerichtete WhatsApp-Community Gruppe erfüllt den Wunsch nach besserer Kommunikation im Stadtteil und wird ebenfalls gut angenommen.

Im Bereich Sport und Bewegung konnten verschiedene Angebote geschaffen werden. Hierzu zählen die von der Bürgerschaft gewünschte und durch die Stadtverwaltung umgesetzte Sanierung des Bolzplatzes an der Albert-Braun-Straße und die Neuschaffung eines Bolzplatzes in der Johestraße sowie die Öffnung des Schulhofs der Anne-Frank-Schule. Außerdem wurden zusätzliche Bewegungsangebote wie Kinder-Yoga, Zumba und Fitnesskurse sowie ein Fußballprojekt in den Räumlichkeiten des Stadtjugendausschusses geschaffen. Nicht realisiert werden konnte ein Aktivspielplatz am Waldrand mit einem Lehm-Hügel-Pump-Track.

Einige Projektideen konnten bislang nicht umgesetzt beziehungsweise nicht dauerhaft weitergeführt werden. Die Einrichtung eines Gemeinschaftsgartens scheiterte an der nicht lösbaren Fragen der Wasserversorgung. Das Projekt „Blühende Baumscheiben“ wurde eingestellt und auch die Nachbarschaftshilfe wurde nicht weiter ausgebaut. Zudem besteht aufgrund personeller Veränderungen im Quartiersmanagement derzeit Unsicherheit hinsichtlich der langfristigen Fortführung des offenen Mittagstisches.

Wirkung des Stadtteilentwicklungskonzeptes im Stadtteil

Wenn auch das Monitoring überwiegend eine Umsetzung der Maßnahmen aus dem STEK Oberreut ergeben hat, was positiv zu bewerten ist, gibt es dennoch auch kritische Stimmen im Bezug auf den Prozess, den Ergebnissen und deren Umsetzung. Der Bürgerverein Oberreut übt beispielsweise Kritik am Prozess und dessen Nachgang aus. Viele der aufgeführten Maßnahmen sind nicht alleine auf den Stadtteilentwicklungsprozess zurückzuführen, sondern Maßnahmen, die auch schon vor dem Prozess für den Stadtteil feststanden. Außerdem konnten laut dem Bürgerverein nicht alle Punkte, die diesem wichtig gewesen wären, im Prozess platziert werden.

Die Zusammenarbeit mit den am Prozess beteiligten Ämtern mit den Institutionen vor Ort hat sehr gut funktioniert und konnte auch über den Prozess hinaus fortgeführt werden. Nichtsdestotrotz gibt es immer noch Unterschiede oder Vermittlungsprobleme zwischen der „Welt vor Ort“ im Stadtteil und der Arbeitswelt der verschiedenen Fachämter. Insgesamt konnte der Prozess aber zu einer Verbesserung der Kommunikation und des Informationsflusses beitragen. Das Vertrauensverhältnis zwischen dem Stadtteil und der Verwaltung konnte ebenfalls durch den Prozess ausgebaut werden.

Einige bedeutende Maßnahmen, die durch den Prozess entstanden sind und auch darüber hinaus fortgeführt werden, sind zudem nur aufgrund des hohen Engagements der Menschen und Institutionen im Stadtteil möglich gewesen. Dazu zählt beispielsweise die Gründung des Sozial-Kulturellen Zentrums, das Café O und der offene Mittagstisch. Das Sozial-Kulturelle Zentrum ist Teil der Stadtteilhausförderung der Stadt Karlsruhe und wird im Standort des Ökumenischen Gemeindezentrums Oberreut betrieben. Auf Basis der Fördergrundsätze für Stadtteilhäuser wurde ein fachlicher Beirat mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren aus dem Stadtteil gegründet. Dieser unterstützt das Ökumenische Gemeindezentrum in seiner Funktion als Träger des Stadtteilhauses bei der inhaltlichen Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Portfolios des Sozial-Kulturellen Zentrums. Der Beirat grenzt sich inhaltlich von der Interessengemeinschaft Oberreut (IGO) ab, welche ganzheitlich die Themen des Stadtteils betrachtet. Strukturell ist der Beirat aber dennoch an die Interessengemeinschaft Oberreut angebunden, wodurch eine fortlaufende Abstimmung gewährleistet ist und die inhaltliche Arbeit des Stadtteilhauses im Kontext des Stadtteilgeschehens gestaltet wird. Dies ist ein gelungenes Beispiel für gute Vernetzungsarbeit im Stadtteil, welche durch den Stadtteilentwicklungsprozess mit angestoßen wurde und aus sozialer und kultureller Sicht zur Aufwertung des Stadtteils beiträgt.

Fazit

Die im Stadtteilentwicklungskonzept erarbeiteten Maßnahmen wurden überwiegend umgesetzt. Dies spricht für einen insgesamten Erfolg des Stadtteilentwicklungsprozesses. Das STEK Oberreut konnte aber nicht in allen Themenbereichen zu einer Verbesserung im Stadtteil beitragen. Städtebauliche Veränderungen oder Verbesserungen in der Nahversorgung konnten nicht erreicht werden. Im Bereich Kultur und Soziales konnte der Stadtteilentwicklungsprozess jedoch zu einigen positiven Veränderungen beitragen. Auch im Bereich Radverkehr konnten alle Maßnahmen, die aus Verkehrssicherheit und verkehrsrechtliche Vorgaben machbar waren, umgesetzt werden. Zudem sind durch das bürgerschaftliche Engagement im Stadtteil einige gute Projekte entstanden.

Ausblick

Auf Grundlage der Erfahrungen aus den vergangenen zwei Stadtteilentwicklungsprozessen sowie der Erkenntnisse aus dem aktuellen Monitoring zum STEK Oberreut hat das Amt für Stadtentwicklung den Bedarf identifiziert, die zukünftige Ausrichtung der Stadtteilentwicklung in Karlsruhe zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Die bisherige Form der Integrierten Stadtteilentwicklung ist auf mehrjährige Entwicklungsprozesse in einzelnen Stadtteilen ausgerichtet. Dieses Vorgehen ermöglicht eine intensive und umfassende Betrachtung der jeweiligen Entwicklungspotenziale, führt jedoch dazu, dass nur wenige Stadtteile über längere Zeiträume kontinuierlich im Rahmen eines integrierten Ansatzes betrachtet werden können. Für viele Stadtteile bestehen dadurch längere Phasen ohne systematische Betrachtung ihrer Entwicklungsperspektiven. Dies birgt die Gefahr, dass vorhandene Potenziale nicht frühzeitig erkannt und genutzt werden und sich Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb des Stadtgebiets unterschiedlich verteilen.

Darüber hinaus haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt, dass der Ressourcenaufwand einzelner Stadtteilentwicklungsprozesse zunehmend in einem ungünstigen Verhältnis zu den erzielten Ergebnissen steht. Dies betrifft sowohl die erforderlichen finanziellen Mittel für externe Begleitbüros als auch den personellen Aufwand innerhalb der Stadtverwaltung. Im Hinblick auf die aktuelle Haushaltslage und den

damit verbundenen Einschränkungen bei den verfügbaren Mitteln für die Stadtteilentwicklung sind umfassende Prozesse in der bisherigen Form künftig zudem nicht mehr in gleichem Umfang finanzierbar.

Vor diesem Hintergrund soll die zukünftige Stadtteilentwicklung in Karlsruhe weiterentwickelt und stärker an gesamtstädtischen Zielsetzungen ausgerichtet werden. Ziel ist es, die Stadtteilentwicklung künftig enger mit den strategischen Handlungsfeldern und Zielen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK 2040) zu verknüpfen und dadurch eine abgestimmte gesamtstädtische Perspektive mit einer bedarfsgerechten Betrachtung der einzelnen Stadtteile zu verbinden.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die stärkere Verbindung von Stadtteilentwicklung und bürgerschaftlichem Engagement. Parallel zur Neukonzeption der Stadtteilentwicklung wird derzeit eine Engagementstrategie für Karlsruhe erarbeitet. Im Rahmen dieses Prozesses wird unter anderem herausgearbeitet, wie lokale Akteurinnen und Akteure sowie zivilgesellschaftliches Engagement künftig noch stärker in die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einbezogen werden können. Die Nutzung vorhandener Kompetenzen, Netzwerke und lokaler Ressourcen kann dabei einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung leisten.

Künftig soll die Stadtteilentwicklung daher stärker bedarfsorientiert erfolgen. Statt ausschließlich langfristig angelegter Entwicklungsprozesse in einzelnen Stadtteilen sollen frühzeitig Handlungsbedarfe erkannt und geeignete Instrumente flexibel eingesetzt werden, von gezielten Einzelmaßnahmen bis hin zu umfassenden Entwicklungsprozessen. Beteiligung und Kooperation bleiben dabei zentrale Elemente, sollen jedoch noch stärker an konkreten Fragestellungen und den jeweiligen Rahmenbedingungen der Stadtteile ausgerichtet werden.

Mit dieser Weiterentwicklung soll eine effizientere Nutzung vorhandener Ressourcen, eine bessere Verzahnung mit gesamtstädtischen Strategien sowie eine stärkere Aktivierung lokaler Potenziale erreicht werden. Stadtteilentwicklung kann damit zukünftig flexibler, wirkungsorientierter und als gemeinsame Aufgabe von Verwaltung, Politik, lokalen Akteurinnen und Akteuren sowie Bürgerschaft gestaltet werden.

Das Amt für Stadtentwicklung wird ein entsprechendes Konzept zur zukünftigen Ausrichtung der Stadtteilentwicklung in Karlsruhe erarbeiten und dem Gemeinderat anschließend einen Vorschlag zur weiteren Ausgestaltung vorlegen.